



Betreff:

Ewald Zojer, Lanz 2, 9640 Kötschach-Mauthen,
Lagerzubau beim Wirtschaftsgebäude und Errichtung von
Geländestützmauern, Bauverhandlung

05.09.2019
Zl.:131-9/49-2019

Martina Mascher
Hubert Stefan

Tel.: +43-4715-8513-12
Fax: +43-4715-8513-30
martina.mascher@ktn.gde.at
www.koetschach-mauthen.gv.at

K U N D M A C H U N G

Herr Ewald Zojer, Lanz 2, 9640 Kötschach-Mauthen, hat mit Eingabe vom 30.08.2019 um die Erteilung der Baubewilligung für das Bauvorhaben

Lagerzubau beim Wirtschaftsgebäude und Errichtung von Geländestützmauern

auf den Grundstücken Nr.: .141/1, Nr.: 1081, Nr.: 1082/2 und Nr.: 1082/1, jeweils KG: **Kötschach**,
EZ: **196**, angesucht.

Der Bauwerber beabsichtigt, nordöstlich des bestehenden Wirtschaftsgebäudes einen offenen, mit einem Pultdach überdachten Lagerbereich mit dem max. Ausmaß von 10,74 m x 5,07 m zu errichten. Die nördliche Außenwand wird als Stützmauer errichtet. Weiters soll südöstlich des Wohnhauses, im Anschluss an den bestehenden Lagerraum eine Stützmauer mit einer Gesamtlänge von ca. 21,0 m und einer Höhe von ca 1,89 m errichtet werden, um dahinterliegend einen ebenen Vorplatz zu erhalten.

Der Bürgermeister der Marktgemeinde Kötschach-Mauthen ordnet hierüber gemäß der Bestimmung des § 16 der Kärntner Bauordnung 1996 eine mit einem Ortsaugenschein verbundene mündliche Verhandlung für

**Montag, dem 16.09.2019
um 13:30 Uhr**

an. Die Kommission tritt Vorort in 9640 Lanz 2 zusammen.

Sie werden als Beteiligte eingeladen, unter Mitnahme dieser Ladung zur Verhandlung persönlich zu erscheinen oder einen eigenberechtigten Vertreter zu entsenden, die zur Abgabe endgültiger Erklärungen ermächtigt sind. Die Vertreter haben sich mit einer ordnungsgemäßen schriftlichen Vollmacht auszuweisen.

Von den Teilnehmern an der mündlichen Verhandlung vorbereitete schriftliche Erklärungen müssen nach § 44 AVG 1991 bei der Verhandlung verlesen werden, um als wirksame Erklärungen in die Verhandlungsschrift aufgenommen zu werden.



Die dem Bauansuchen zugrunde liegenden Pläne, Berechnungen und Beschreibungen liegen beim Marktgemeindeamt Kötschach-Mauthen während der Amtsstunden zur Einsicht durch die Beteiligten auf.

§ 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 idgF.:

Abs. (1) wurde eine mündliche Verhandlung gemäß § 41 Abs. 1 zweiter Satz und in einer in den Verwaltungsvorschriften vorgesehenen besonderen Form kundgemacht, so hat dies zur Folge, dass eine Person ihre Stellung als Partei verliert, soweit sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung während der Amtsstunden bei der Behörde oder während der Verhandlung Einwendungen erhebt. Wenn die Verwaltungsvorschriften über die Form der Kundmachung nichts bestimmen, so tritt die im ersten Satz bezeichnete Rechtsfolge ein, wenn die mündliche Verhandlung gemäß § 41 Abs. 1 zweiter Satz und in geeigneter Form kundgemacht wurde.

Abs. (1a) Die Kundmachung im Internet unter der Adresse der Behörde gilt als geeignet, wenn sich aus einer dauerhaften Kundmachung an der Amtstafel der Behörde ergibt, dass solche Kundmachungen im Internet erfolgen können und unter welcher Adresse sie erfolgen. Sonstige Formen der Kundmachung sind geeignet, wenn sie sicherstellen, dass ein Beteiligter von der Verhandlung voraussichtlich Kenntnis erlangt.

Abs. (2) Wurde eine mündliche Verhandlung nicht gemäß Abs. 1 kundgemacht, so erstreckt sich die darin bezeichnete Rechtsfolge nur auf jene Beteiligten, die rechtzeitig die Verständigung von der Anberaumung der Verhandlung erhalten haben.

Abs. (3) Eine Person, die glaubhaft macht, dass sie durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben, und die kein Verschulden oder nur ein minderer Grad des Versehens trifft, kann binnen zwei Wochen nach dem Wegfall des Hindernisses, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache bei der Behörde Einwendungen erheben. Solche Einwendungen gelten als rechtzeitig erhoben und sind von jener Behörde zu berücksichtigen, bei der das Verfahren anhängig ist.

Abs. (4) Versäumt derjenige, über dessen Antrag das Verfahren eingeleitet wurde, die Verhandlung, so kann sie entweder in seiner Abwesenheit durchgeführt oder auf seine Kosten auf einen anderen Termin verlegt werden.

Vom Bauwerber ist die Situierung des Bauvorhabens auszustecken und die Grenzpunkte des Baugrundstückes ersichtlich zu machen.

Der Bürgermeister:

Walter Hartlieb eh.

angeschlagen am: 04.09.2019

abgenommen am: 16.09.2019